

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

7.4.1928 (No. 83)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlstr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. A. M. e. n. o.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschließlich Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen ermäßigter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verhebt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfaden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Zeitungen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

England gegen kommunale Sparkassen

Während in Deutschland die gemeinnützige Spartätigkeit im wesentlichen in der Hand der kommunalen Sparkassen liegt, haben diese sich bisher in England und auch in anderen Ländern mit großen Sparkapitalien nicht durchsetzen können. Anknüpfend an die großen Erfolge des deutschen Sparkassenwesens ist vor etwa 1 1/2 Jahren auf Anregung des britischen Schatzkanzlers Churchill ein Sachverständigenausschuss eingesetzt worden, der die Frage der Errichtung neuer Gemeindefinanzstellen eingehend prüfen sollte. Der Ausschuss gelangt in seinem jetzt veröffentlichten Bericht zu einer Ablehnung der kommunalen Sparkassen. Die Gründe, die dafür ins Feld gerückt werden, sind jedenfalls einer näheren Betrachtung und einer Durchleuchtung auch von deutschen Gesichtspunkten aus und unter Vergleich mit deutschen Verhältnissen wert.

Das eine in England gegen die Gemeindefinanzstellen geltend gemachte Argument ist die Befürchtung, daß die Gemeinden durch die Ausgabe der Sparkassen in die Lage versetzt würden, ihre Ausgaben über ein normales Maß hinaus zu vergrößern. Die Errichtung eines Bank- und Sparinstituts durch eine Körperschaft, die selbst in erheblichem Maße Gelder aus dieser Sparkasse für eigene Zwecke entzieht, ist nach englischer Auffassung höchst unerwünscht. Dieses Argument trifft für deutsche Verhältnisse in keiner Weise zu, denn bei uns werden ja die Sparkassengelder nicht etwa den Gemeinden zur Deckung eigener Finanzbedürfnisse teilweise zur Verfügung gestellt. Vielmehr sind die deutschen Kommunalsparkassen nur treuhänderische Verwalter der Spareinlagen. Sie sorgen für deren sichere und volkswirtschaftlich richtige Anlage, z. B. nach staatlichen Vorschriften, immer aber unter Wahrung der Allgemeininteressen. Keinesfalls trägt in Deutschland das Bestehen der kommunalen Sparkassen dazu bei, den Gemeinden das Schuldenmachen zu erleichtern. Bei richtiger Organisation der gemeindlichen Sparkassen würde diese Gefahr aber auch in England nicht ernstlich zu fürchten sein.

Eine gewisse Verechtigung, zum mindesten für englische Verhältnisse, hat dagegen zweifellos das zweite Argument, das in England gegen die Gemeindefinanzstellen vorgebracht worden ist. Es wird nämlich befürchtet, daß durch die Konkurrenz der Gemeindefinanzstellen die bereits bestehenden Sparorganisationen und damit die Staatsfinanzen geschädigt werden könnten. Hier muß allerdings die besondere, von der deutschen sehr differierende Entwicklung des englischen Sparwesens beachtet werden. England gehört nämlich zu denjenigen Ländern, die schon sehr frühzeitig die Post zur Trägerin des gemeinnützigen Sparwesens gemacht haben. Und bevor im Jahre 1861 die englische Postsparkasse ins Leben gerufen wurde, hat der britische Staat das Sparwesen in seine Hand genommen, teils durch Ausübung einer strengen staatlichen Kontrolle über alle bestehenden Sparkassen, teils durch die schon im Jahre 1817 erlassene Vorschrift, daß alle Sparkassengelder bei der Staatskasse angelegt werden mußten. Während des Weltkrieges ist dann neben der englischen Postsparkasse und den anderen Sparkassen noch die „National Savings Organisation“ gegründet worden, die ihrerseits überall in Fabriken und Büros, in den einzelnen Stadtteilen und in den Schulen Sparvereine errichtete. Die Mitglieder dieser Sparvereine leisten regelmäßige Spareinzahlungen, die in staatlichen Zertifikaten angelegt werden. Bis Ende März 1924 waren rund 680 Millionen derartige Zertifikate abgesetzt, die je 16 Schilling kosten und nach 10 Jahren zugänglich der angesammelten Zinsen mit je 24 Schilling zurückgezahlt werden.

In England hat also der Staat das Sparwesen so reich und vielfältig organisiert, daß es in der Tat zweifelhaft erscheinen muß, ob hier für gemeindliche Sparkassen noch Raum ist. In Deutschland dagegen ist die Entwicklung des Sparwesenens von vornherein einen ganz anderen Weg gegangen. Hier sind auf dem Wege der Dezentralisation die größten Erfolge im Sparwesen erzielt worden. Das Wachstum und die Blüte der kommunalen Sparkassen hat umgekehrt in Deutschland zur Folge gehabt, daß hier für die Institution der Postsparkasse kein Platz übrig geblieben ist. Bei uns in Deutschland haben die Sparkassen sich in kommunaler Verwaltung so günstig entwickelt, daß es am ratsamsten ist, diese Organisation weiter zu pflegen, weil man so zweifellos am besten der Förderung des Sparwesens dient.

Reichstagskandidaturen

Reichstagswahlvorschlag der Nationalsozialisten für Baden. Nach dem „Volkstribune“ zeigt die Liste der Nationalsozialisten für die Reichstagswahlen folgende Namen: Wagner, Ludwig Dolch, Albert Roth, Lenz.

Von der Deutschen Volkspartei in Württemberg wurden aufgestellt: Bides, Stuttgart, M. d. R., Otto Keimath, Berlin.

Die Spitzenkandidaturen der Deutschen Volkspartei sind in den sächsischen Wahlkreisen der ehemalige Reichsjustizminister Dr. Geinze, Dresden, Landgerichtsdirektor Dr. Wunderlich, Leipzig und der frühere Admiral Brüningshaus, Chemnitz. Der bisherige Vorsitzende der deutsch-volksparteilichen Reichstagsfraktion, Dr. Scholz, ist Spitzenführer in Ostpreußen, wo an zweiter Stelle der ehemalige Reichsfinanzminister Graf Kants aufgestellt ist. Der frühere Reichswirtschaftsminister, von Raumer, ist Spitzenkandidat für Berlin, der ehemalige Gouverneur Dr. Schnee führt die Liste von Potsdam 1, die von Potsdam II Herr von Kardorff.

Strefemann wird am 24. April in einer Versammlung in München seine erste Wahlrede als Reichstagskandidat von Oberbayern, Schwaben und Niederbayern halten. Er beabsichtigt daran anschließend eine vierzehntägige Wahlkampagne in der bayerischen Provinz.

Letzte Nachrichten

Reparationsregelung und Rheinlandbefreiung

W.B. Paris, (Tel.) Das offizielle Organ der Radikalen Partei, „La Voix“, polemisiert heute in schärfster Weise gegen den reaktionären „Figaro“, der gestern erklärt hatte, daß die Frage der Rückermachung der Dawesobligationen nichts mit der Frage der vorzeitigen Rheinlandräumung zu tun habe. Das Blatt schreibt:

Zu einer Affäre von diesem Ausmaß tritt neben das technische Problem in verhängnisvoller Weise das politische. Keine deutsche Regierung wird der öffentlichen Meinung in Deutschland die für eine schnelle Gesamterregung der Kriegsschulden und Reparationen notwendigen besonderen Anstrengungen aufzwingen, die für Deutschland die Aufgabe der Transferrgarantieaufhebung mit sich bringt, wenn sie diese Operation nicht als ein Mittel zur Befreiung der Rheinlande hinstellt. Diejenigen, die versuchen, sich verzweifelt an die theoretische Unterscheidung zwischen Dawesplan und Rheinlandbefreiung anzuklammern, vergessen zu leicht die Geschichte der letzten Jahre, sie vergessen, daß die Befreiung im Verfall der Reparations Pfand für die Ausführung der Reparationen gebracht war, sie vergessen auch die Vorgeschichte der deutsch-französischen Aussprache in Thoiry, deren direkte Konsequenz die Kombination ist, der Poincaré nunmehr seine prinzipielle Zustimmung gegeben hat.

Südslawisch-albanische Spannung

Belgrad, 7. April (Tel.) Albanien hatte eine Grenzsperre gegen den sächsischen Teil Jugoslawiens angeordnet, die man zuerst mit den in Mazedonien herrschenden politischen Spannungen in Verbindung brachte. Nach neueren Meldungen aus Tirana hat der albanische Minister des Innern die Sperrmaßnahmen jedoch wieder aufgehoben. Sie werden jetzt mit Typhusfällen in Jugoslawien begründet, die aber keinen epidemischen Charakter angenommen hätten. — Von heimlichen Waffensendungen Italiens, großkalibrigen Geschützen, Gebirgsbatterien und 20 000 Gewehren nach Albanien wird berichtet.

Südafrika und das britische Reich

W.B. Johannesburg, 6. April (Tel.) Auf der Jahreskonferenz des südafrikanischen Gewerkschaftskongresses wurde ein Schriftstück verlesen, in dem die Ansichten des Gewerkschaftskongresses über die Beziehungen der einzelnen Teile des britischen Reiches zueinander dargelegt werden. Unter anderem wird darin befürwortet, daß, falls Großbritannien in Feindseligkeiten verwickelt werde, jedes Mitglied des britischen Reiches mit Selbstregierung strikte Neutralität bewahren sollte.

Volksgesetzen gegen die Mecklenburgische Regierung. Nach einer amtlichen Mitteilung aus Schwerin ist das vom Landtag in Mecklenburg-Schwerin gegen die Staatsregierung beantragte Volksgesetz auf Anfrage beim Staatsgerichtshof nach eingehender Prüfung zugelassen worden.

Am den Sommerluftverkehr im besetzten Gebiet. Die neuerdings von den deutschen Städten gepflogenen Verhandlungen über die Aufnahme des Sommerluftverkehrs im besetzten Gebiet blieben ergebnislos. Trotz der Geizigkeit der Rheinlandkommission haben die militärischen Behörden die Gefühle wieder abgelehnt. Auch die Verhandlungen über den Luftverkehr zum Saargebiet stoßen auf große Schwierigkeiten.

Auf dem ersten deutsch-dänischen Friedenstag in Kiel wurde eine Entschließung angenommen, in der die gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen und Ausbau des Verkehrsnetzes gefordert werden.

Aussperrung in der sächsischen Metallindustrie. Nach einem Beschluß der sächsischen Metallindustriellen sollen für Donnerstag, den 12. April, sämtliche Arbeiterbelegschaften ausgesperrt werden. Es werden davon rund 200 000 Metallarbeiter betroffen. Der Reichsarbeitsminister wird in den Konflikt eingreifen, um die Aussperrung zu verhindern.

Der Cavell-Film wurde am Donnerstag im Palladiumtheater zu London zum ersten Male öffentlich aufgeführt. Ein besonderer Andrang des Publikums zu dieser Vorstellung war nicht zu verzeichnen, auch endete die Uraufführung ohne besondere Kundgebungen.

Wahlerfolg der englischen Arbeiterpartei. Bei den Nachwahlen in Epsom, die durch den Tod des bisherigen konservativen Inhabers des Mandats notwendig geworden sind, wurde der Kandidat der Arbeiterpartei, Shinwell, mit 14 446 Stimmen gewählt. Alf Robb, die für die Konservativen kandidierte, erhielt 9268 Stimmen, der Liberale Young 5690. Das Wahlergebnis stellt einen Erfolg der Arbeiterpartei dar.

Titulescus Rücktrittsabsichten. Nach einer Meldung aus Bukarest hat Außenminister Titulescu in einem Telegramm, in dem er sich gegen verschiedene gegen ihn gerichtete Vorwürfe verteidigt, seine Absicht angekündigt, zu demissionieren. Dieses Telegramm habe in parlamentarischen Kreisen um so größeres Aufsehen erregt, als es gegen Titulescus eigene Kollegen von der Liberalen Partei gerichtet sei.

* Zur Reparationsdebatte

Bei allen Erörterungen der drei großen Probleme der deutschen Reparationen, der interalliierten Schulden und der Rheinlandräumung ist es bisher immer so gewesen, daß zwei Schritten vorwärts ein Schritt rückwärts folgte. Wenn man irgendwo die erfreuliche Feststellung zu machen hatte, daß die Erörterung dieser Probleme in ein glückliches Fahrwasser gesteuert worden war, mußte man sich schon für die nächste Fahrt auf die kalte Dusche gefaßt machen. So ist es auch diesmal wieder gegangen.

Poincaré hat sich in Carcassonne zum Schuldenproblem in einer Weise geäußert, die zu mancherlei Hoffnungen Anlaß geben konnte. Voraussetzung dabei war, daß er selbst sich über das enge Verknüpfte von Reparationsfrage und Rheinlandräumung bewußt blieb. Nach unserer Auffassung ist ja die Reparationsfrage derartig gelöst, daß schon jetzt von uns die sofortige und völlige Räumung des besetzten Rheinlandes gefordert werden kann. Sowie aber in der Reparationsfrage neue Lösungen gefunden werden, die Frankreich noch besser stellen, als das schon ohnehin der Fall ist, dürfte auch der wildeste französische Nationalist kein Argument mehr für die Aufrechterhaltung der Rheinlandbesetzung vorbringen können; es sei denn, man bekenne sich ganz offen zu einer brutalen Annektionspolitik. Ein solches Bekenntnis würde aber den, der es sich leistet, nur lächerlich machen.

Man mußte jedenfalls erwarten, daß Poincaré der Interpretation seiner letzten Rede nicht entgegengetreten werde. Leider wird aber aus Frankreich gemeldet, daß Poincaré bei seinen Worten in Carcassonne nicht daran gedacht habe, eine raschere Erledigung der Reparationsfrage mit der sofortigen Rheinlandräumung zu bezahlen. Das ist eine bedauerliche Meldung; aber wir lassen uns durch sie nicht beirren. Poincaré ist denn doch viel zu klug, um sich nicht selbst zu sagen, daß eine Liebe die andere wert ist, und daß selbstverständlich die Frage der vorzeitigen Rheinlandräumung die außenpolitische Debatte der nächsten Zeit so oder so beherrschen wird. Vielleicht haben ihn seine nationalistischen Freunde nach der Rede in Carcassonne dazu bewogen, Erklärungen abzugeben, die eine Schöffheit vortäuschen sollen, welche gar nicht besteht. Wir glauben, daß Poincaré ernstlich darum bemüht ist, die Erledigung der Reparationsfrage zu beschleunigen.

Das erstieht man ja auch aus dem interessanten Versuchsbalkon eines Pariser Blattes. In diesem Blatte wurde die Endsumme der Reparationen auf 32 Milliarden Goldmark beziffert. Offenbar hat man drüben hören wollen, wie Deutschland sich zu einer derartigen Fiktion der Endsumme stellt. Die deutsche Reichsregierung hat begreiflicherweise dazu überhaupt noch nicht Stellung genommen. Die politische Presse Deutschlands aber hat, soweit wir sehen konnten, diese Summe als viel zu hoch bezeichnet. Und das mit Recht.

Immerhin bleibt es bedeutsam genug, daß heute kein Mensch mehr in Frankreich von der phantastischen Reparationssumme der Jahre unmittelbar nach dem Kriegsende, also von 132 Milliarden Goldmark, spricht. Das französische Volk hat sich in der letzten Zeit wohl nach und nach an die Tatsache gewöhnt, daß Deutschland viel, viel weniger bezahlen wird. Und auch 32 Milliarden Goldmark sind immer noch ein Betrag, den Deutschland einfach nicht aufbringen kann.

Das hat auch der Reparationsagent, Parker Gilbert, eingesehen. Wie gemeldet wird, vertritt er auch Frankreich gegenüber den Standpunkt, daß Deutschland die hohen Daweszahlungen nicht leisten könne, und daß es deshalb eine Revision des Dawesabkommens fordern werde, falls hier nicht eine Begrenzung stattfindet. Zweifellos ist die Situation in Paris so, daß man sich einer Neuregelung des Dawesabkommens nicht widersetzen wird, wenn gleichzeitig auch die Frage der interalliierten Kriegsschulden neu geregelt wird. Bis zu einem gewissen Grade ist Frankreich an einer Revision des Dawesabkommens selbst interessiert, da die vorgeesehenen Naturalieferungen Deutschlands von der französischen Wirtschaft mit jedem Monat peinlicher und drückender empfunden werden.

Schließlich hängt alles von der Haltung Amerikas ab. Von dort her ist auch wieder prompt ein kalter Wasserstrahl gekommen. Washington hat offiziös mitteilen lassen, daß es nach wie vor gegen eine Verkopplung der

Reparationsfrage mit der der interalliierten Schulden sei. Ob hier eine Änderung des Standpunkts zu erhoffen ist, das ist eine Frage, die wahrscheinlich erst nach den amerikanischen Wahlen beantwortet werden kann. Solange wird man also warten müssen. Die Diskussion selbst braucht deswegen nicht einzuschlafen. Sie ist nützlich genug und wird hoffentlich dazu führen, daß man auch mit der Zeit in Amerika die Notwendigkeit einer großzügigen, die ganze Welt umfassenden Regelung des Kriegsschuldenproblems einseht.

Politische Neuigkeiten

Elektrische Zugförderung

Durch die Zeitungen ging kürzlich eine Meldung, daß der erste mit 100 Kilometer Stundengeschwindigkeit fahrende elektrische Schnellzug von Halle nach Leipzig abgelassen sei. Der Zug bestand aus einem einzigen Wechselstromtriebwagen. Wir erfahren hierzu, daß schon seit langer Zeit bei elektrisch angetriebenen Schnellzügen Stundengeschwindigkeiten bis zu 110 Kilometer in der Stunde erreicht worden sind. Elektrische Schnellzuglokomotiven für diese Geschwindigkeit sind von fast allen deutschen Elektrotechnikfirmen gebaut worden. Erst kürzlich wurden mit einer von der Firma Brown, Boveri & Cie., Mannheim, und der Firma Lokomotivfabrik Krauß & Co., München, gelieferten elektrischen Schnellzuglokomotive der Bauart 1 Dol Maschinen gemacht, nachdem die Lokomotive über 100 000 Kilometer Weglänge im Schnellzugsdienst der Deutschen Reichsbahn zurückgelegt hatte. Bei den Ausfahrten zog die Lokomotive ein Anhängergewicht von 700 Tonnen (17 D-Zugwagen!). Es zeigte sich, daß der Energieverbrauch der 1-Dol-Lokomotive trotz der langen Betriebszeit wesentlich geringer war, als der gleichwertigen Dampflokomotive, d. h. also, daß sich beim Betrieb mit derartigen Elektrolokomotiven eine erhebliche Kohlenersparnis ergibt.

Auch mit den schon seit mehreren Jahren auf den bayerischen Strecken verkehrenden Wechselstromtriebwagen sind Schnellzugsfahrten gemacht worden, bei denen Geschwindigkeiten von 100 Kilometer in der Stunde und darüber eingehalten worden sind. Dabei kann jeder dieser Triebwagen bei diesen Geschwindigkeiten noch 2 Anhängergewichte ziehen. Mit demartig zusammengestellten Triebwagenzügen kann also infolge der größeren Leistungsfähigkeit der bayerischen Triebwagen etwa die dreifache Personenzahl befördert werden, als mit den zwischen Halle und Leipzig verkehrenden Triebwagen. Die bayerischen Triebwagen sind von der Firma Brown, Boveri & Cie., in Mannheim gebaut worden, die Wagenteile lieferten die G. Fuchs, Waggonfabrik A.-G., Heidelberg, und die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, Werk Nürnberg.

Vom deutschen Touring-Club

In München fand kürzlich die ordentliche Hauptversammlung 1928 statt, zu der die Vertreter aller Landes-, Bezirks- und Ortsgruppen des Clubs aus dem ganzen Reich und auch aus dem besetzten Gebiete erschienen waren. Die Versammlung wurde von dem Vizepräsidenten, Kommandant Karl Schröder, geleitet. Direktor Weber erstattete den Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Der Bericht stellt fest, daß das Jahr 1927 im Zeichen des Aufbaues und der Wiederherstellung des Clubs stand. Neben den wirtschaftlichen Interessen ließ man auch im abgelaufenen Jahre der Pflege der Touristik und des gesunden Sports besondere Sorgfalt angedeihen. Außerordentlich beliebt erfreuten sich die vom D.T.C. veranstalteten Gesellschaftsfahrten. Der Jahresbericht gedenkt auch des 15jährigen Bestehens der Kammerabteilung, der ältesten Kammerabteilung Europas, erwähnt ferner die immer größeren Umfang annehmende Aufstufung über Triptyls und die Arbeiten der juristischen und technischen Abteilung. Außerordentlich viel hatte im abgelaufenen Geschäftsjahr auch die Versicherungsabteilung zu leisten. In dem Jahresbericht wird auch noch an die erfolgreiche Arbeit der Astriemabteilung erinnert und darauf hingewiesen, daß sich der D.T.C. die Pflege internationaler Beziehungen weiterhin angelegen werde sein lassen. Zum Schlusse stellt der Bericht einen ganz erheblichen Mitgliederzuwachs und Anwachsen der Ortsgruppen fest, die über das ganze Reich verteilt sind. Der Haushaltsplan für 1928 bilanziert mit 252 000 M. Der bisherige Vizepräsident, Kommerzienrat Schröder, wurde einstimmig zum ersten Präsidenten gewählt.

Von besonderem Interesse für Karlsruhe ist, daß auch in Karlsruhe eine Ortsgruppe ins Leben gerufen werden soll. Die Karlsruhe Geschäftsstelle des Clubs befindet sich bei Deier u. Cie., Ettlingerstraße 47.

Größe und Erträge der deutschen Weinbaugelände

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht folgende Aufstellung über die Größe und Erträge der deutschen Weinbaugelände:

Weinbaugelände:	Weinbaufläche in ha	Weinerträge durchschnittlich 1917-1926 in hl
1. Bayern	19 896	536 523
a) Pfalz	15 652	468 618
b) übriges Bayern	4 244	67 905
2. Preußen	16 042	424 298
3. Hessen	13 841	352 535
4. Baden	12 302	338 246
5. Württemberg	10 708	177 911
6. übriges Deutschland	169	1 800
Deutsches Reich	92 854 ha	2 367 836 hl

Litwinoff bei Reichsminister Dr. Stresemann. Reichsaußenminister Dr. Stresemann empfing am Donnerstag in Berlin den stellvertretenden Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten der Sowjetunion, Litwinoff, der von dem Vizepräsidenten der Sowjetunion in Berlin, Krestinski, begleitet war. Es fand eine längere Aussprache statt, an der auch der Leiter der Ostabteilung im Auswärtigen Amt, Dr. von Dürfen, teilnahm.

Der neugewählte Hamburger Senat setzt sich folgendermaßen zusammen: 1. Bürgermeister Dr. Peterken (Dem.), 2. Bürgermeister Hof (Soz.), Senatoren Dr. Burchard (D.F.P.), Girsch (D.F.P.), Dr. de Chapaurouge (D.F.P.), Wittboeck (D.F.P.), Dr. Köhler (Dem.), Cohn (Dem.), Dr. Matthaei (Dem.), Reumann (Soz.), Schönfelder (Soz.), Stubbe (Soz.), Wendel (Soz.), Eisenbarth (Soz.), Krause (Soz.), Kermer (Soz.).

Der Zwischenfall auf der „Royal Oak“. Durch Urteil des Kriegsgerichts in Gibraltar wurde Kapitän Dewar seines Postens auf der „Royal Oak“ enthoben und erhielt einen nachträglichen Verweis.

Der 400. Todestag Albrecht Dürers

Feiern in Nürnberg und Berlin

Am Freitag, dem 400. Todestag des großen deutschen Meisters Albrecht Dürer hatte seine Vaterstadt Nürnberg auf dem Rathaus Halbtag gefeiert. Nachmittags um 3 Uhr fand eine Gedenkfeier am Grabe auf dem Johannesfriedhof statt. Dürers Grab war das Ziel vieler Tausender von Verehrern seiner großen Kunst. Der bis in die späten Abendstunden dauernde Vorbeimarsch der langen Reihe Besucher und ehrfurchtsvolles Schweigen gab einen außerordentlichen Eindruck von der großen Verehrung dieses deutschen Meisters, an dessen Würde sich alsbald Blumenpende über Blumenpende als Zeichen dankbarer Bewunderung für Freude und Erhebung Dürers Kunst häuften.

Im festlich geschmückten Plenarsaal des Reichstages fand in Berlin Freitag mittag die von der Gesellschaft für deutsches Schrifttum veranstaltete Dürer-Feier statt, an der sich etwa 30 Vereinerungen beteiligten. Nach einigen Chorgesängen schiederte Dr. Hermann Christians das Wort und Schaffen des Künstlers, der die Stimme und Seele seines Volkes gewesen sei. Darauf hielt Dr. h. c. Wilhelm Schiffer die Festrede, in der er einen Überblick über den künstlerischen Werdegang und das Ziel Dürers gab. Er schloß mit der Mahnung, den großen Meister, Führer und Träger der deutschen Kunst nicht nur zu feiern, sondern auch Tüchtler seines eignen deutschen Wesens und seiner Schätze zu sein.

Die Finanzierung des Luftverkehrs

In allen Ländern der Welt kann die Luftfahrt nur bei ausreichender Förderung durch die öffentliche Hand existieren. Der Betriebsstoffverbrauch ist heute in der Luftschiffahrt so groß, daß er kaum durch den Fahrpreis gedeckt wird. Auf jeden Flugchein von 20 M. muß die öffentliche Hand noch mindestens 40 M. zuzahlen. Die Entwicklung des Flugverkehrs in Deutschland ist also ganz und gar davon abhängig, in welchem Umfang er durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln gefördert werden kann. Auch zahlreiche Stadtverwaltungen haben ein erhebliches Interesse daran, daß sie an den Luftverkehr angeschlossen werden oder an ihm angeschlossen bleiben. Sie werden daher ebenfalls in vielen Fällen bestimmte Luftfahrtrassen erforderlich sein. Ein möglichst dichtes innerdeutsches Streckennetz in der Luftschiffahrt ist besonders geeignet, den Verkehr zu fördern. Je mehr Verkehrsleistungen vorhanden sind, desto stärker pflegt der Verkehr zu wachsen. In den Vereinigten Staaten hat man die Werbeparole ausgegeben: „Jeder größeren Stadt ihr eigenes Flughafen!“ In dem kapitalarmen Deutschland ist das natürlich nicht in vollem Umfang durchzuführen. Trotzdem bedeutet jeder Bau eines neuen Flughafens in einer deutschen Stadt eine wertvolle Förderung des Flugverkehrs.

Von großer Bedeutung für die Entwicklung dieses Flugverkehrs wird es auch sein, wenn es gelingt, den Luftverkehr auszubauen. Der Güterverkehr ist bekanntlich bei der Eisenbahn die Grundlage des finanziellen Aufbaues. Der Personenverkehr allein würde unsere Eisenbahn in ihrer heutigen Verkehrsleistung niemals erhalten können. Ebenso wird auch der Luftverkehr erst rentabel werden, wenn die Wirtschaftlichkeit im Luftpost- und der Güterluftverkehr in erheblichem Umfang bedient wird. Nimmt aber erst der Luftgüterverkehr einen großen Aufschwung, so wird auch die Luftfahrt im ganzen mit geringeren Zuschüssen der öffentlichen Hand als bisher arbeiten können.

Beurteilung des früheren Chefsekretärs der „M. N. A.“. Nach einer Meldung der „Post, Ztg.“ ist der vor kurzem ausgeschiedene Chefsekretär der „Münchener Neuesten Nachrichten“, Gerlich, wegen Beleidigung des Reichsfinanzministers Nebst 500 M. Geldstrafe verurteilt worden. Gerlich hatte in einem Aufsatz in München die Tätigkeit des Reichsfinanzministers, den er dort zufällig kennengelernt hatte, in beleidigender Form so laut kritisiert, daß auch die Unbeteiligten unfreiwillig Zeugen der Diskussion wurden. Der Reichsminister des Innern hatte daher Klage gegen Gerlich erhoben.

Die bayerische Zugspitzbahn. Das bayerische Handelsministerium hat die Genehmigung zum Bau und Betrieb der Zugspitzbahn erteilt. Die Bauzeit wird auf etwa drei Jahre geschätzt. Die Unternehmerrunde besteht aus der Allgemeinen Lokalbahn und Kraftwerke A.-G. in Berlin, der Bank elektrischer Werke A.-G. in Berlin und der Süddeutschen Treuhand A.-G. in München. Die Bahn soll als Reibungs- und Zahnradbahn von Garmisch-Partenkirchen auf 2. Platz und von dort als Standseilbahn elektrisch betrieben werden.

Verschiedenes

Fast ein ganzes Dorf vom Feuer vernichtet. W.W. Königsberg i. Pr., 7. April. (Tel.) Ein gewaltiges Feuer vernichtete am Gründonnerstag etwa vier Fünftel des Dorfes Großherzogswalde bei Deutsch-Eylau. Bei dem anhaltenden Sturm und dem heftigen Funkenflug waren die Wehren machtlos. Niedergebrannt sind 18 Gebäude, darunter 8 Familienwohnhäuser, ferner Stallungen, Speicher, Werkstätten usw. Auf dem Gute des Grafen Schönberg wurden allein für 60 000 Reichsmark Saatgut vernichtet.

Weltsegelungsrekord. Am Donnerstag erreichte Ferdinand Schulz, der Weltmeister im Dauersegelflug, auf einem Segelflug von 45 Minuten Dauer auf dem Gelände der Segelflugschule Grunau bei Dirschberg im Riesengebirge eine Höhe von 570 Meter über der Abfahrtsstelle. Diese Leistung steht im In- und Ausland unerreicht da, und ist um so erstaunlicher, weil Schulz nicht mit einer für Rekord gebauten Maschine flog, sondern ein Schiffsflugzeug benutzte.

Aushebung chinesischer Opiumhöhlen in Paris. W.W. Paris, 7. April. (Tel.) Die Pariser Polizei hat mehrere, von Chinesen betriebene Opiumhöhlen in verschiedenen Pariser Vororten ausgehoben und deren Inhaber, zwei Männer und eine Frau, verhaftet.

Flug Kapstadt-Kairo. Die englische Fliegerin Lady Heath ist in einem Kleinflugzeug, von Kapstadt kommend, in Kairo gelandet. Sie ist die erste Frau, die den Flug Kapstadt-Kairo allein durchgeführt hat.

Weiternachrichten der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Unter dem Einflusse eines Zwischenhochs, das sich über Mitteleuropa verlagert hat, ist gestern nachmittag mit Niederdrehen des Windes nach Ost bei uns allgemeine Aufbebung eingetreten. Die Besserung wird jedoch voraussichtlich auch nicht von langem Bestand sein, da von Südwesten ein neues Teiltief heranzieht. Wetternachrichten für Ostermontag: Zunächst noch zeitweise heiter, trocken und tagsüber mild, später Bewölkungzunahme. Wetterausichten für Ostermontag: Wolkig und einzelne Regenfälle.

Badischer Teil

Ein Arbeitsamt Mergentheim?

Der Präsident des Landesarbeitsamtes Südwestdeutschland in Stuttgart beabsichtigt, dem Vorstand der Reichsanstalt in Berlin den Vorschlag zu machen, die badischen Amtsbezirke Tauberbischofsheim und Wertheim vom Arbeitsamt Mosbach loszulösen und sie dem württembergischen Arbeitsamt Mergentheim zuzuweisen. Der Verwaltungsausschuss des Arbeitsamtes Mosbach hat in einer Sitzung vom 4. April 1928 hierzu Stellung genommen und ist zu einer einstimmigen Ablehnung gekommen, da der Kreis Mosbach von altersher durch die gemeinsame Kreisverwaltung, die völkische Zusammengehörigkeit und die wirtschaftlichen Beziehungen so eng einander geknüpft ist, daß es die Bevölkerung unbegreiflich finden würde, wenn die Bezirke Tauberbischofsheim und Wertheim einem Arbeitsnachweis angegliedert werden sollten, zu dessen einer Hälfte sie kaum wirtschaftliche Beziehungen unterhalten und dessen Bevölkerung und Volkscharakter von dem ihrigen wesentlich verschieden ist.

Der Saatenstand in Baden Anfang April 1928

Nach den beim Statistischen Landesamt eingelaufenen Berichten sind die Herbstsaaten in der großen Mehrzahl der Bezirke gut durch den milden und schneearmen Winter gekommen und zeigen kräftigen Bestand, der eine günstige Verteilung rechtfertigt. Da und dort werden bei spät gefähen Rogenschnitten Auswinterungen festgestellt, die zu Umpflügung u. Nachsaat nötigen. Mancherorts haben die Saaten auch unter dem wechsellenden Zugesfrieren und Auftauen des Bodens etwas gelitten. Aber Rauschplage, Schneedenfraß und Saatkrähen liegen nur wenig Meldungen vor.

Die außerordentlich günstige Witterung im ganzen Monat März hat die Feldarbeiten überall gut gefördert. Es konnten häufig schon die Gersten- und Haferesaaten bestellt und die Frühkartoffeln ausgelegt werden. Auch die Arbeiten in den Wiesen und in den Reben waren gut durchführbar und sind weit voran.

Vereinigung von Baden und Württemberg?

Unter dieser Überschrift teilt der „Badische Beobachter“ den Inhalt einer Aussprache mit, die ein Mitarbeiter des Blattes gelegentlich mit dem württembergischen Innenminister hatte.

Der Minister sagte auf die Frage, warum in der Sache nichts weiter geschehen sei, die Initiative läge auf Seiten Badens. Am Württemberg würde es dann nicht fehlen. Die Lösung müsse von großen staatspolitischen Gesichtspunkten aus erfolgen; man dürfe nicht an parteipolitischen oder konfessionellen Bedenken hängen bleiben. Die Forderung hängen und drücken solle sein; daß wir ein einheitliches Staatsgebilde erhalten. Die Frage sei aber nicht so einfach und könne nicht von heute auf morgen gelöst werden. Die größte Schwierigkeit, so erklärte der Minister weiter, könne wohl liegen in der Schaffung einer einheitlichen Regierung und Gesetzgebung. Für Baden verbürge der Zusammenschluß mehr Vorteile als für Württemberg. Der Minister ist der Ansicht, daß in beiden Ländern die Auffassungen nicht weit auseinandergehen. Bei den württembergischen Parteien sei eine Majorität für die Vereinigung vorhanden. Der Sitz der Regierung käme auf alle Fälle nach Stuttgart, das ziemlich in der Mitte des Staates liegen würde. Karlsruhe könne man ja in anderer Hinsicht entschädigen, durch Verlegung von Behörden, Ausbau der Hochschule usw.

Südwestdeutsch-schweizerischer Binnen-Schiffahrtstag

Der Nordostschweizerische Verband für die Schifffahrt Rhein-Oberrhein, St. Gallen, der Rheinschiffahrtsverband Konstanz, der Südwestdeutsche Kanalverein Stuttgart, der Verband Obere Donau Günzburg a. D., der Verein für die Schifffahrt auf dem Oberrhein Basel und der Schweizerische Rheinschiffahrtsverband halten in Friedrichshafen vom 16. bis 18. Juni 1928 eine Tagung ab. Abgesehen von den Mitgliederversammlungen der einzelnen Verbände ist für Sonntag, den 17. Juni eine Besichtigung der Doppelwerke sowie der Dornierwerke vorgesehen. Am Montag, den 18. Juni wird die Tagung mit einem Ausflug nach Konstanz und Schaffhausen auf schweizerischem Boden ihren Abschluß finden.

Das Brückenbauprojekt Waldshut-Koblentz

Der Bürgerausschuss von Waldshut genehmigte die Aufnahme eines Darlehens von 400 000 M zu 7 1/2 Prozent bei der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg A.-G., Werk Guntstätt, zur Errichtung der Rheinbrücke von Waldshut nach Koblentz. Für diese Anleihe leistet der badische Staat die Bürgschaft. Ferner wird der badische Staat dem Staatsjahr 1928/29 100 000 M überweisen, so daß die von badischer Seite zu erstellende Finanzierung für den auf Baden entfallenden Kostenanteil von 410 000 M in Ordnung ist. Von diesen Baukosten übernimmt der badische Staat drei Viertel = 307 500 Reichsmark, die Stadt Waldshut ein Viertel = 102 500 M, ferner übernimmt die Stadt die Zwischendifferenz zwischen 8 1/2 und 7 1/2 Prozent der badische Staat wird seinen Anteil in sechs Jahresraten entrichten. Ferner bewilligte der Bürgerausschuss noch die Aufnahme eines Darlehens von 50 000 Reichsmark zu 8 1/2 Prozent bei der Bezirksparafasse zu Wohnungszwecken.

Lohnbewegungen in Baden

Streikbeendigung in Mannheim. Die Kranenführer im Mannheimer Hafengebiet haben nach gültiger Vereinbarung die Arbeit wieder aufgenommen. Die Streiktag werden als nicht bezahlte Wertsbeurlaubung angesehen. Am Osterdienstag wird man über die strittigen Lohnfragen verhandeln.

Zur Lohnbewegung in der mittel- und süddeutschen Plastersteinindustrie. Für die Plastersteinindustrie Mittel- und Südbadens war kürzlich ein Schiedspruch gefällt worden, nach welchem die bisherigen Lohnsätze um 5 Prozent erhöht werden. Dieser Schiedspruch wurde sowohl seitens der Arbeitgeber wie auch der Arbeitnehmer abgelehnt, vom Hauptarbitrium Berlin jedoch bestätigt. Von Arbeitnehmerseite wurde dieser Schiedspruch neuerdings wieder abgelehnt. Sicherem Vernehmen nach ist jetzt von seiten der Arbeitgeber der Antrag auf Verbindlichkeitsklärung gestellt worden.

Neue Bühne für die Holzverarbeitende Industrie. Zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern wurde für die Holzverarbeitende Industrie Badens ohne Mannheim eine freie Vereinbarung getroffen, nach welcher sich der tarifliche Gehalt in der Ortsklasse II mit Wirkung vom 2. April 1928 von bisher 99 Pf auf 1,05 M, ab 1. Oktober bis zum 1. April 1929 auf 1,08 M erhöht.

Tarifbindung in der badischen Ziegelindustrie. Wie aus Mannheim gemeldet wird, wurde seitens der Arbeitgeber der laufende Manteltarifvertrag für die badische Ziegelindustrie geündigt. Seitens der zuständigen Gewerkschaften wurde das bestehende Lohnabkommen gefündigt.

Beilegung des Streits in Wehr. Seit Dienstag arbeiten die Weber in der Duntweberei Brennet in Wehr wieder, nachdem man sich dahin geeinigt hatte, daß statt 20 Proz. bei den Stuhlwebern 8 Proz., bei den Automatenwebern 12 Proz. in Abzug gebracht werden.

Tagungen

Der Badische Grundbesitzerverband (Vorsitzender Dr. Graf Douglas) hält am Mittwoch, den 18. April, vorm. 11 Uhr, im Saale des Künstlerhauses zu Karlsruhe seine diesjährige Hauptversammlung ab. Im Anschluß an die Tagung wird Reichsfinanzler a. D. Dr. Luther das Thema „Wirtschaft und Reichsreform“ behandeln.

Gemeinde-Rundschau

Die Bautätigkeit in Freiburg im Jahre 1927

Die Bautätigkeit hat in Freiburg im vergangenen Jahre eine außerordentlich erfreuliche Entwicklung aufzuweisen. Der Wohnungsbau des Jahres 1927 übertrifft nicht nur den Umfang der Wohnungsproduktion in den verhältnismäßig günstigen Nachkriegsjahren 1921, 1924 und 1926 ganz erheblich, sondern auch in der Vorkriegszeit wurde ein solch günstiges Ergebnis seit 1907 nicht mehr erreicht. Nach einer Zusammenstellung der Stadtbaukontrolle wurden 1927 an bewohnten Gebäuden fertiggestellt: 221 (1926: 158) Hauptgebäude, 5 (1) Stodanfbauten und 82 (89) Um- und Anbauten. Die Zahl der neuentstandenen Wohnungen beträgt insgesamt 518 gegenüber 341 im Vorjahr.

Die meisten Wohnungen wurden in der Oberwiehre (185) und im Stühlinger (181) gebaut; in absteigender Linie folgen Herdern mit 85, Gaslach mit 62, Jähringen mit 35, Betzenhausen mit 23 und Unterwiehre mit 19 neuen Wohnungen, während in der Ober- und Unterstadt zusammen nur deren 12, in Littenweiler 14 und in Günterstal 2 erstellt wurden. Von den 518 neuerschaffenen Wohnungen sind über die Hälfte (281) Kleinwohnungen mit zwei und drei Zimmern, 114 Vier-, 49 Fünf-, 52 Sech-, und 17 Sieben- und Mehrzimmernwohnungen. Die Zahl der neu gewonnenen Wohnräume beträgt 1963 gegenüber 1192 im Vorjahr. Von den Wohnräumen entfallen 1834 auf Hauptgebäude und 119 auf Umbauten. Hierzu kommen noch 167 (223) Geschäftsräume und 313 (177) Dachkammern. Von den Hauptgebäuden sind 139 (114) Einfamilien- und 81 (41) Mietshäuser mit 2 und mehr Wohnungen. An Gebäuden, die nicht zum Wohnen bestimmt sind, wurden fertiggestellt: 4 (4) Hauptgebäude, 80 (107) Nebengebäude, 1 (0) Stodanfbaue und 27 (70) Um- und Anbauten. Hierbei wurden 68 (117) Geschäftsräume der verschiedensten Art und 16 (3) Wohnungen gewonnen. Dem Wohnungszugang steht ein Abgang von 13 Wohnungen mit insgesamt 33 Wohnräumen und 75 Geschäftsräumen gegenüber, so daß der **Reinzuwachs** an Wohnungen 505, an Wohnräumen 1920 und an Geschäftsräumen 92 beträgt. Erlöse sind 14 Baugenehmigungen gegenüber 46 im Jahre 1926.

Wie in den Vorjahren, so haben sich auch im Berichtsjahr wieder die Stadt und die gemeinnützigen Bauvereinigungen sehr rege am Wohnungsneubau beteiligt. Die Stadt hat 12 Häuser mit 90 Wohnungen, die Bauvereinigungen haben 84 Häuser mit 86 Wohnungen erstellt. Vom badischen Staat wurden 3 Gebäude mit 17 Wohnungen und die Tuberkulosestation der Kinderklinik mit 44 Räumen und vom Reich 3 Gebäude mit 13 Wohnungen errichtet. Eine sehr erhebliche Zunahme hat die private Bautätigkeit dank der weitgehenden Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erfahren. Von Privaten wurden 118 Häuser mit 273 Wohnungen gebaut, das sind 52,7 Proz. der neuerschaffenen Wohnungen überhaupt, während es im Vorjahr nur 48 Wohnhäuser mit 101 Wohnungen oder 30 Proz. der neu erstellten Wohnungen waren.

5-Millionen-Anleihe der Stadt Heidelberg. Die Stadt Heidelberg hat eine 5-prozentige 5-Millionen-Anleihe begeben, deren Abschluß am Dienstag perfekt geworden ist.

Der Bürgerausschuß Rosbach stimmte der neuen Besoldungsordnung nebst Beamtenstellenplan mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 zu. Die Nachzahlung der Beamten soll noch vor Ostern erfolgen.

Der Bürgerausschuß Weinheim genehmigte die Aufnahme eines Anlehens von 2 Millionen Reichsmark zur Ablösung bestehender Verbindlichkeiten der Stadt.

Wau eines Sammelanals in Weinheim. Der Bürgerausschuß Weinheim stimmte dem Bau eines Sammelanals mit einem Kostenaufwand von 125 000 M zu.

Der städtische Voranschlag von Rehl. Der vom Gemeinderat aufgestellte Voranschlag für 1928 sieht in Ausgaben 1 650 500 M, in Einnahmen 1 143 800 M vor, so daß ein Fehlbetrag von 506 700 M (1927: 508 980 M) durch Umlage zu decken sind. Die Einnahmen wurden so hoch wie nur irgend zu verantworten angesetzt, die Ausgaben auf das schärfste beschränkt. Für die Ringzuberlegung sind 5000 M angesetzt, und zwar aus Zinsen und Umlage für eine erste Raurate von 50 000 M. Außerdem sind weitere 5000 M für die Durchführung der notwendigen Vorarbeiten für die Ringzuberlegung vorgesehen. Es soll mit allen Mitteln bei den zuständigen Stellen in Karlsruhe und Berlin darauf hingearbeitet werden, daß mit den ersten Bauarbeiten an der Ringzuberlegung noch in diesem Jahr begonnen wird.

Die Sparanlagen bei der Bühler Sparkasse erfahren im vergangenen Jahre eine Steigerung von rund 700 000 M; die Zahl der Einleger vermehrte sich um über 900. Die gesamten Einlagen betragen auf Jahreschluß 4 088 000 M.

Die Amtsgerichtsfrage in Singen a. S. Im Auftrage des Gemeinderats Singen a. S. hat Bürgermeister Dr. Kaufmann dem badischen Landtag eine Denkschrift über die Errichtung eines Amtsgerichts in Singen a. S. übermitteln. Die Tatsache, daß Singen zusammen mit seiner nächsten Umgebung über 23 000 Einwohner verfügt und mit rund 14 000 eigenen Einwohnern die einzige Stadt mit mehr als 10 000 Einwohnern ist, die noch kein Amtsgericht besitzt, rechtfertigt die Errichtung eines Amtsgerichts. Die Frage sei jetzt um so dringender geworden, als durch das neue Arbeitsgerichtsgesetz die Stadt Singen noch ihr Arbeitsgericht verloren hat.

Die Autosfähre Konstanz-Neersburg geht ihrer Fertigstellung entgegen. Da das Fahrschiff auf der Krefbronner Werft bereits vom Stapel gelaufen ist, wird der Fährbetrieb schon nach teilweise Ausbau des Neersburger Fährhafens im Monat Juni aufgenommen werden.

Verkehrsfragen für das Glottertal. Der Verkehr zwischen der Bahnhofsstation Denzlingen und dem Glottertal ist bedeutend gestiegen, so daß sich Autobesitzer Koller entschlossen hat, für die diesjährige Saison einen neuen 25sitzigen dreiwachsigen Omnibus in den Dienst zu stellen. Dieser soll werktags viermal und Sonntags sechsmal, bei Bedarf auch noch öfters, zwischen Denzlingen und dem Glottertal verkehren. Im Anbetracht des gesteigerten Autoverkehrs ist vor kurzem ein Appell an die Straßenbaubehörde ergangen, die Strecke im Oberglottertal bis St. Peter so herzurichten, daß sie den gesteigerten Verkehrsbedürfnissen entspricht.

Einführung der Biersteuer in Singen a. S.? Der vom Gemeinderat angenommene Voranschlag für 1928 weist einen Fehlbetrag von 486 000 M gegenüber 475 000 M im Vorjahr auf. Bemerkenswert ist, daß der Gemeinderat im Hinblick auf diesen Fehlbetrag die Einführung der Biersteuer beschlossen hat. Für den Fall, daß der Bürgerausschuß diesem Beschluß nicht zustimmen sollte, würde der zu deckende Fehlbetrag sich auf 516 000 M erhöhen. Die steuerliche Erleichterung durch die Biersteuer würde etwa 6 Proz. betragen.

Auch Neersburg baut ein Strandbad. Der Aufschwung des Bade- und Strandbetriebes in den reizvollen Luftkurorten am Bodensee wird in diesem Jahre sehr groß sein. Zahlreiche Seegemeinden haben sich an die Erweiterung ihrer bestehenden und an den Neubau verschiedener Badeanlagen gemacht. Nachdem in der letzten Zeit erst von dem großen Strandbadprojekt in Radolfzell berichtet werden konnte, hat jetzt auch Neersburg die Errichtung eines Luft- und Sonnenbades in Erwägung gezogen. Der Bürgerausschuß hat seine Genehmigung zu dem Projekt erteilt.

Aus der Landeshauptstadt

Rudolf Hoed 7. Im 71. Lebensjahre ist am 5. April Rudolf Hoed, eine um das Musikleben Karlsruhes hochverdiente Persönlichkeit, gestorben. Der Todestag war zugleich der 70. Geburtstag der Gattin Hoeds, der einst gefeierten Kammerfängerin Frieda Hoed-Dehner.

Das alte Lied. Gestern abend befand sich ein 20 Jahre alter Schreiblehrling von Durlach in Grünwettersbach bei Verwandten zu Besuch. Der 17 Jahre alte Arbeiter Karl Bürkle von Grünwettersbach verlangte von dem jungen Mann eine Zigarette. Aus Spaß hielt ihm dieser eine geladene, nicht entzündete Selbstladepistole vor die Brust. Er kam dabei an den Abzug, der Schuß ging los und das Geschöß drang dem Karl Bürkle in die Brust. Der Schwerverletzte starb nach wenigen Minuten. Der Täter wurde verhaftet.

Badisches Landestheater. An beiden Osterfeiertagen, dem 8. und 9. April, gelangt der neue Schwank „Unter Geschäftsaufsicht“ von Franz Arnold und Ernst Bach im Konzerthaus zur Aufführung und verspricht nach allem, was über seine Berliner Serienaufführungen berichtet wird, zwei Stunden ausdauernder Heiterkeit. Die Rolle des Metzgerbuben Buchhalters Eduard Hagemann spielt Paul Müller. — Das Stück wird von Fritz Herz in Szene gesetzt. — Dienstag, den 10. April, findet ein einmaliges Gastspiel des berühmten russischen Sängers Georges Baklanoff statt. Der Künstler wird in Gounods Oper „Margarete“ den „Mephistopheles“ singen, eine Partie, in welcher er stets den größten Publikumserfolg erlangt. In den übrigen Rollen sind beschäftigt die Damenulant (Siebel), Franz (Margarethe), Weiner (Schwertlein), und die Herren Kuntzig (Kauf), Müller (Valentin) und S. Gröninger (Brandt). Die musikalische Leitung hat an diesem Abend Rudolf Schwarz.

Kurze Nachrichten aus Baden

Nr. 15 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Gesetze: über die Steuererhebung in den Monaten April bis September 1928; über die Umbauung der abgeordneten Gemarung Brombach in eine Gemeinde; über eine Bürgerliste des Landes Baden für Darlehen an die Zentrale der landwirtschaftlichen Lagerhäuser A.-G. in Tauberbischofsheim. Verordnung des Staatsministeriums über die Beteiligung der Gemeinden an der Gesellschaftsteuer bei wirtschaftlich gebotenen Betriebszusammenschlüssen.

DJ. Mannheim, 7. April. Der Privatdozent der Rechtswissenschaften an der Universität Königsberg i. Ostpr., Dr. Hans Oppikof, hat den Ruf an die Handelshochschule Mannheim angenommen. Er nimmt seine Lehrtätigkeit nach den Pfingstferien auf.

ld. Freiburg i. Br., 7. April. Der 28 Jahre alte verheiratete Väter Hans Müller aus Günterstal erschloß Freitag abend im Gasthaus zum Hirschen in Günterstal die Kellnerin Elise Streitmayer aus Schwenningen. Er trat hinter das Büfett und schoß dem ahnungslosen Mädchen eine Kugel in den Hinterkopf, so daß es schwer verletzt in das Krankenhaus transportiert werden mußte, wo es heute morgen verschied. Der Täter ging nach der Tat flüchtig. Er wurde heute morgen von einem Polizeibeamten im Walde tot aufgefunden. Er hatte sich durch einen Schuß in die Herzgegend getötet.

DJ. Griesbach, 6. April. Das Reichsbahn-Neubauamt Oppenau hat jetzt die Erd- und Felsbewegungen zur teilweisen Bildung des Untergrundes für den Bahnhof Griesbach samt den Nebenarbeiten öffentlich ausgeschrieben. Damit bestätigen sich die Meldungen, die schon vor absehbarer Zeit von der beschlossenen Weiterführung der Reichtalbahn von Bad Peterstal nach Griesbach berichteten. Dort wird die Reichtalbahn ihr Ende finden.

DJ. Schönwald, 6. April. Im 71. Lebensjahre starb unerwartet Bürgermeister Adolf Ketterer, der 32 Jahre als Bürgermeister der Gemeinde diente und aus dem kleinen Ort Schönwald einen weitbekannten Kurort machte. Vorher war er schon eine ganze Reihe von Jahren als Gemeindevorstand und Ratsschreiber in Schönwald tätig.

DJ. Ludwigshafen a. Rh., 7. April. Der Fabrikant Albert Wagner hat auf das Rechtsmittel der Berufung verzichtet. Da auch die Staatsanwaltschaft keine Berufung eingelegt hat, ist das Urteil rechtskräftig geworden.

Handel und Wirtschaft

Die **A.-G. Bühler & Co.** in Dossenheim bei Heidelberg genehmigte die durch die Unterbilanz in Höhe von 158 000 M nötig gewordene Herabsetzung des Grundkapitals auf 150 000 Reichsmark. Außerdem wurde die Wiederverzählung des Aktienkapitals bis zu 800 000 M genehmigt. Den größeren Teil der neuen Aktien übernimmt zu pari die amerikanische Füllfederfabrik Parker Pen Company in Jansville, die sich dadurch sehr erheblich finanziell und organisatorisch an der Dossheimer Schreibwarenfabrik Bühler & Co. beteiligt. Die Firma wird umbenannt in „Parker Osma A.-G. in Dossenheim“. Der Aufsichtsrat wurde neu gewählt, und zwar wurden ihm in der Hauptversammlung der amerikanischen Firma Parker hinzugefügt.

Ludwigshafener Walzmühle, Ludwigshafen a. Rh. In der unter dem Vorsitz von Dr. Richard Kahn, Mannheim, in Ludwigshafen stattgefundenen Generalversammlung waren 26 Aktionäre mit 575 000 M Vorzugsaktien und 2 888 500 M Stammaktien vertreten. Nach Verlesung des umfangreichen Berichtes des Vorstandes erklärte der Vorsitzende, daß die effektiven Gewinne in Anbetracht der Millionenumfänge nur gering seien, doch sei die Dividende (10 Proz.) durchaus befriedigend, um so mehr, als die alten Besitzer von Aktien bei der Goldumstellung mehr als ihren Vorkriegswert erhielten, da die Ausgabe von Aktien in der Inflationszeit der Mühle keine Werte einbrachte. Die Abschreibung (246 089) sei nicht höher vorgenommen worden, um eine angemessene übliche Dividende zu gewähren. Die Anträge der Verwaltung, aus dem Reingewinn von 665 678 M auf 600 000 M Vorzugsaktien eine Dividende von 6 Proz., auf 4 Mill. Reichsmark Stammaktien eine solche von 10 Proz. zu verteilen und 46 678 M auf neue Rechnung vorzutragen, wurde genehmigt. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde Dr.-Ing. Wilhelm Ludowici an Stelle seines Vaters, Kommerzienrat Dr. Ludowici, Heidelberg.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Neuwahl des Reichstags.

Zum Kreiswahlleiter des 32. Reichstagswahlkreises (Baden) für die am 20. Mai 1928 stattfindende Reichstagswahl wird Obergerichtsrat Pfisterer im Ministerium des Innern, zu dessen Stellvertreter Regierungsrat Walz im gleichen Ministerium, ernannt.

Karlsruhe, den 7. April 1928.

Der Minister des Innern.

Remmle.

Der Arbeitsgemeinschaft für Kindererholung in Mannheim wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Geldlotterie erteilt.

Karlsruhe, den 2. April 1928.

Der Minister des Innern

Remmle

Betrieb eines Totalisators durch den Pferdezüchterverein Sedenheim.

Dem Pferdezüchterverein in Sedenheim ist die Erlaubnis zum Betrieb eines Totalisators bei dem am 9. April 1928 in Sedenheim stattfindenden Pferderennen erteilt worden.

Karlsruhe, den 4. April 1928.

Der Minister des Innern

S. A.: Dr. A. Jung.

Erste juristische Prüfung im Frühjahr 1928

Auf Grund der im Frühjahr 1928 abgelegten ersten juristischen Prüfung sind folgende Kandidaten zu Referendaren ernannt worden:

Baer Karl aus München, Böpler Robert aus Zürich, Manienhorn Herbert aus Mühlhausen i. G., Ehret Walter aus Freiburg, Höhnbach Hans aus Karlsruhe, Fränkel Hans aus Mannheim, Gaber Erwin aus Mannheim, Geiß Hermann aus Mannheim, Gerard Martin aus Mannheim, Glöckler Waldemar aus Schopfheim, Haas Ludwig aus Schopfheim, Hafner Joseph aus Mannheim, Hauer Helmut aus Weisach, Hauger Helmut aus Karlsruhe, Herlan Wilhelm aus Karlsruhe, Huber Billy aus Karlsruhe, Jaffe Friedrich aus Heidelberg, Kaeßmayer Herbert aus Wilmersdorf, Kistner Albert aus Karlsruhe, König Christian aus Gernsbach, Krimmer Eduard aus Ruchen, Müller Helmut aus Bühl, Müller Kurt aus Söllingen, Müller Rudolf aus Karlsruhe, Neuburger August aus Baiertal, Sauter Philipp aus Mannheim, Schmid Friedrich aus Karlsruhe, Dr. phil. Schröder Martin aus Mühlhausen, Schwoerer Julius aus Karlsruhe, Seibertli Josef aus Karlsruhe, Serros Helmut aus Mannheim, Siegel Paul aus Karlsruhe, Ulrich Helmut aus Mannheim, Weinmann Erika aus Rippoldsau, Würz Camill aus Offenburg, Zimmermann Anton aus Giffenheim.

Karlsruhe, den 2. April 1928.

Der Justizminister:

J. B.: Schmidt.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurufeetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Kriminalsekretär Adolf Höllein in Karlsruhe zum Polizeikommissär.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Professor Dr. Johannes Schuch an der Universität Innsbruck mit Wirkung vom 1. April 1928 an zum ordentlichen Professor der Geographie an der Universität Heidelberg.

Ministerium der Finanzen

Wasser- und Straßenbaudirektion

Planmäßig angestellt:

Die Straßenwärter August Herr in Kirchen und Ernst Laiz in Brombach.

Verteet:

Regierungsbaurat Eugen Tresfeger vom Kulturbauamt Vörrach zum Wasser- und Straßenbauamt daselbst unter Zurücknahme seiner Vertretung zur Wasser- und Straßenbaudirektion, Regierungsbaurat Max Wunderlin in Vörrach zur Wasser- und Straßenbaudirektion in Karlsruhe, Obergemeister Albert Wors in Tauberbischofsheim zum Vermessungsamt Radolfzell, Obergemeister Hermann Wotisch in Tauberbischofsheim zum Vermessungsamt Freiburg, Bauinspektor Karl Heisinger in Heidelberg zum Wasser- und Straßenbauamt Emmendingen.

Zurufesetzung auf Ansuchen wegen leibender Gesundheit:

Der Straßenwärter Christian Matt in Hausach.

Kraft Gesetzes tritt in den Ruhestand:

Obergerichtsrat Professor Ludwig Stuk bei der Wasser- und Straßenbaudirektion.

Gestorben:

Verwaltungssekretär a. D. Johann Emmenegger in Tiengen und Straßenwärter a. D. Anselm Edelig in Müllersbach.

Geschäftliches

Unsere Leser weisen wir noch auf das in der heutigen Nummer veröffentlichte Inserat betr.: „Sproz. Central-Goldpfandbriefe“ der „Preussischen Central-Bodenkredit-Aktien-Gesellschaft“ besonders hin.

Badische Lichtspiele

KONZERTHAUS

Die tausendfache Bewunderung, die der glänzende Verlauf der Olympischen Spiele in St. Moritz 1928 mit seinen sich im Rahmen der überwältigend prächtigen Winternatur des Oberengadins abspielenden, hervorragenden und spannenden sportlichen Darstellungen gefunden hat, veranlassen uns, den Film (6 Akte)

„Das Weisse Stadion“

mit Musikbegleitung durch die Polizeikapelle

über Ostern zu verlängern. Damit wird abermals Tausenden noch über die Feiertage Gelegenheit zu einem der schönsten Naturgenüsse im lebenden Bilde gegeben werden.

Vorfürhrungen finden statt:
Samstag, den 7. bis Mittwoch, den 11. April, jeweils 20.15 Uhr
Samstag und Mittwoch auch 16 Uhr
Ostersonntag und -montag nur 16 Uhr.

Preise —,60, —,80, 1,—, 1,30, 1,60, 1,90 RM.
Ermäßigungen wie üblich.

Vorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstraße.
Büro: Beiertheimer Allee 10. 461

Von der Reise zurück

Dr. med. Simon

Spezialarzt für Haut- und Harnleiden
Lichtbehandlung 432
Karlsruhe, Karlstr. 16, gegenüber Rest. Moninger

Erste Bekanntmachung.

Gemäß § 2 der siebenten Verordnung zur Durchführung der Verordnung über Goldbilanzen vom 7. 7. 1927 fordern wir die Inhaber solcher unserer Aktien, die auf 40 Reichsmark Nennbetrag lauten, auf diese Aktien spätestens bis zum 31. 8. 1928 um zum Umtausch einzureichen. Für je 400 Reichsmark Nennbetrag der eingereichten Aktien wird eine neue Aktie über 400 Reichsmark ausgegeben. Nicht rechtzeitig eingereichte Aktien sowie eingereichte Aktien eines Inhabers, deren Nennwert zusammen den Betrag von 400 Reichsmark nicht erreicht, werden für kraftlos erklärt. Für den Gesamtbetrag dieser Aktien und der bei dem Umtausch verbleibenden Spitzenbeträge werden Aktien zu 400 Reichsmark ausgegeben, die gemäß § 290 Abs. 2 SGB. für Rechnung der Beteiligten öffentlich zu versteigern sind.

Die Inhaber der umzutauschenden Aktien, deren Anteile zusammen den zehnten Teil des Gesamtbetrags der Aktien über 40 Reichsmark erreichen, können gemäß § 4 der angeführten Verordnung innerhalb von drei Monaten nach der ersten Bekanntmachung, jedoch noch bis zum Ablauf eines Monats nach der letzten Bekanntmachung dieser Aufforderung durch schriftliche Erklärung bei uns Widerspruch gegen den Umtausch erheben. Zur Erhebung des Widerspruchs ist erforderlich, daß der widersprechende Aktionär seine Aktien oder die über sie von einem Notar, der Reichsbank oder einer Effektenrobotan ausgestellten Hinterlegungsscheine bei uns hinterlegt und bis zum Ablauf der Widerspruchsfrist behält.

Karlsruhe, den 5. April 1928.
R. A. L. S. r. u. H.
Der Vorstand.
K. i. m. i. g.

Detektiv - Institut
u. Privat-
Auskunft
„Mannheim
Argus“
Planen
Telefon 53505
A. Maier & Co., G. m. b. H.

Möbelwagen?
dann
Bad. Lagerhaus Offenbürg.
Besitzer: Willy Wagner
fragen. Erstkl. bestempf. zuverl.
Möbelpeditions-Unternehmen.

M. 889. Wolfach. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Hermann Heinz Ehefrau, Ette geb. Neef, zum Adler in Wolfach, ist Schlußtermin bestimmt auf Mittwoch, den 25. April 1928, vormittags 9 Uhr.
Wolfach, 8. April 1928.
Amtsgericht.

Öffentlich zu vergeben: Erd- und Felsbewegung (im ganzen etwa 20 000 m³) zur teilweisen Bildung des Planungs für den Bahnhof Griesbach im Renchtal, samt

Nebenarbeiten. Leistungs- verzeichnisse und besondere Bedingungen gegen Voreinsendung von 5 RM vom Reichsbahn-Rebauamt zu beziehen. Zeichnungen und Bedingnisheft hier und im Baubüro in Bad Peterstal während den Geschäftsstunden zur Einsicht. Einreichungsfrist und Öffnung der verschlossenen und postfrei mit der Aufschrift „Erd- bewegung“ versehenen Angebote: 19. April 1928, vormittags 11 Uhr. Zuschlagsfrist: 19. Mai 1928. M. 882
Reichsbahn-Rebauamt
Oppenau (Baden), Hauptplatz.

Wasserleitungsarbeiten.

Die Gemeinde Grenzach vergibt nach den techn. Vorschriften für Wasserleitungen vom August 1925 und nach der Verordnungs- ordnung für Wasserleitun- gen v. 3. 1926 öffentlich folgende Arbeiten:

Los 1. Herstellen der Rohrgräben, sowie Befüllen und Verlegen von beiläufig 5600 m gußeisernen Ruffenrohren in Sichtweiten von 200, 175, 150, 125, 100, 50 und 40 mm nebst Formstücken und Ausrüstungsgegenständen.
Los 2. Erd-, Maurer- und Zementarbeiten zur Vergrößerung des Schöpfbehälters um 100 cbm u. zur Herstellung des Maschinenhauses. M. 887
Pläne, Bedingungen u. Angebotsdrucke liegen für sämtliche Lose bei uns, und für Los 2 und 3 auch beim Bürgermeisterrat Grenzach auf.

Angebote sind verschlossen, portofrei und mit der Aufschrift „Wasserberfor- gung“ bis zur Öffnungs- tagfahrt am Mittwoch, den 25. April 1928, nachmit- tags 3 Uhr, bei der Ge- meinde Grenzach (Mat- haus) einzureichen.
Brenzach, 5. April 1928.
Bad. Kulturbauamt.

Pfälzische Hypothekenbank, Ludwigshafen.

Aktiva.	RM	Passiva.	RM
1. Geschäftseinrichtung	8 394,61	1. Aktienkapital	5 105 000,—
2. Kasse, Reichsbank, Notenbank und Reichsbank	98 343,32	2. Reservefonds	2 391 646,10
3. Wertpapiere und Wechsel	2 204 139,01	3. Rückstellungenkonto	80 000,—
4. Schuldner	9 547 413,11	4. Provisions- und Zinsreserve	144 459,20
5. Gold-Hypothekendarlehen	101 876 220,17	5. Gold-Hypothekendarlehen	99 284 972,83
6. Rentenbankdarlehen	1 717 187,06	6. Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt	1 717 187,06
7. Bankgebäude	500 000,—	7. Anteilige und fällige Zins- und Gewinnanteilscheine	1 748 306,34
8. Wertpapiersteuer	17 587,50	8. Gläubiger	5 077 945,09
9. Wertpapiere des Beamtenfürsorgefonds	200 877,40	9. Agioreserve gemäß § 26 SGB.	25 693,09
10. Anteilige Zinsen auf Gold-Hypothekendarlehen	467 846,03	10. Beamtenfürsorgefonds	205 104,85
		11. Beamtenunterstützungsfonds	4 439,70
		12. Gewinn	853 253,95
	116 638 008,21		116 638 008,21

Die Dividende für 1927 (Schein 1927 oder Nr. 3) mit 10 % wird sofort ausbezahlt.

Centralboden

Preussische Central-Bodentredit-Aktiengesellschaft

Von unseren neuen

8% Central-Gold-Pfandbriefen

vom Jahre 1927, mit April-Oktober-Zinsen, die an der Berliner Börse bereits amtlich notiert werden und deren Zulassung an den Börsen von Frankfurt a. M., Hamburg, Köln und Leipzig beantragt ist, legen wir

10 000 000 Goldmark zum Kurse von 98%
zugüglich Stückzinsen vom 1. April bis zum Abnahmetage
zur Zeichnung auf.

Die Zeichnung findet statt
bis zum 14. April 1928,
früherer Schluß vorbehalten,

bei der Preussischen Central-Bodentredit-Aktiengesellschaft,
" " Direction der Disconto-Gesellschaft
" " und deren Zweiganstalten,
" " S. Fleischhauer, Berlin,
" " Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln,

in Karlsruhe (Baden) bei der Badischen Bank
" " " " Straus & Co.
" " " " Süddeutschen Disconto-
Gesellschaft A. G. Filiale
Karlsruhe

und bei den sonstigen Zeichnungsstellen sowie bei allen Bankfirmen und Sparkassen, wo ausführliche Prospekte zu beziehen sind.

Die Abnahme der Stücke kann jederzeit bis 30. April geschehen.

Die Sicherheit der Gold-Pfandbriefe beruht auf Gold-Hypotheken nach Feingoldwert, die auf ländlichen und städtischen Grundstücken eingetragen sind.

Eine Kündigung ist bis 1933 ausgeschlossen. Die Tilgung muß spätestens 1965 beendet sein.

Stücke über 5000, 2000, 1000, 500, 200 und 100 Goldmark, Sie sind von der Reichsbank zur Beleihung in Klasse A zugelassen.

Berlin NW 7, Unter den Linden 48/49 460

Preussische Central-Bodentredit-Aktiengesellschaft

Schwarz Lindemann Desterlinsk Brede

Öffentliche Zahlungserinnerung.

I. Es sind zu entrichten:
a) Auf 10. April 1928 die Vorauszahlungen auf die Einkommen-, Körperschafts-, Umsatzsteuer nebst dem Zuschlag zur Landeskirchensteuer aus der Einkommensteuervorauszahlung.
b) Auf 15. April 1928 die erste Rate der Grund- und Gewerbesteueruorauszahlung für 1928 nebst 10 v. H. Zuschlag zur Landeskirchensteuer.
An die Zahlung dieser Beträge wird hiermit erinnert.
II. An die Entrichtung der auf 2. April 1928 fälligen Obligationensteuer und Rentenbankzinsen wird ebenfalls erinnert.
III. Nicht rechtzeitig bezahlte Abgabebeträge werden im Kostenverfahren erhoben oder beigegeben.
Man zahle bargeldlos und vergesse nie seine Steuernummer und bei der Grund- und Gewerbesteuer die Sollbuchnummer anzugeben.
Karlsruhe, den 5. April 1928. M. 888
Karlsruhe Stadt, Karlsruhe-Land, Durlach und Ettlingen.

Nehmt Musikunterricht

bei der Musiklehrerschaft des Deutschen Musikerverbandes
Lehreradressen erhältlich in den Musikalienhandlungen 961

Vertreter gesucht f. Darleh. Hypoth.

Finanzbüro Spandau
Moritzstraße 6

Freihändiger Rugholz-Verkauf.

Bad. Forstamt Ober-
weiler, Freitag, 13. April:
528 fm Tannenstammholz.
Loßbergstücke durch das
Forstamt. M. 873



Badisches Landes-theater

Sonntag, 8. April 1928
Außer Niete
Parfifal
von Richard Wagner
Musikalische Leitung:
Ernst Wehlich
In Szene gesetzt von
Otto Krauß

Amfortas Wehrauch
Titirel Schuster
Gurnemanz
Dr. Bucherpennig
Parfifal Straß
Klinglor Vogel
Kundry Lilly Hafgen a. G.
Graßritter { Nennio
Stimme { Rifer
Strad
Knappen { Seiberlich
Hermsdorff
Rahnbad
Laufötter
von Ernst
Seiberlich
Zauber-
mädchen { Straß
Blank
Fang
Weiner

Chöre: Georg Hofmann
Knabenchor
der Goetheschule:
Franz Steinhart
Anfang 17 Ende 22
I. Rang und I. Sperrfif
9 RM.

Montag, 9. April 1928
Außer Niete
Parfifal
von Wagner
Musikalische Leitung:
Ernst Wehlich
In Szene gesetzt von
Otto Krauß

Amfortas Nühr
Titirel Schuster
Gurnemanz Schöpflin a. G.
Parfifal Witt
Klinglor Vogel
Kundry Hafgen a. G.
Graßritter { Nennio
Stimme { Rifer
Strad
Knappen { Seiberlich
Hermsdorff
Rahnbad
Laufötter
von Ernst
Seiberlich
Zauber-
mädchen { Straß
Blank
Fang
Weiner

Chöre: Georg Hofmann
Knabenchor
der Goetheschule:
Franz Steinhart
Anfang 17 Ende 22
I. Rang und I. Sperrfif
9 RM.

Dienstag, 10. April 1928
Außer Niete
Einmaliges Gastspiel
Georges Ballanoff
Margarethe
von Gounod
Musikalische Leitung:
Rudolf Schwarz
In Szene gesetzt von
Otto Krauß

Faust Wentwig
Mephistopheles
Georges Ballanoff a. G.
Valentin Müller
Margarethe Fang
Marie Weiner
Siebel Blank
Brand Gröhinger

Känze einstudiert von
Edith Wielefeld
Anfang 19 1/2 Ende geg. 23
I. Rang und I. Sperrfif
8 RM.

Mi. 11. April: Seitenprünge.

Im Stadt. Konzerthaus
* Sonntag, 8. April 1928
Zum ersten Male:
Unter Geschäftsaufsicht
von Arnold und Bach
In Szene gesetzt von
Fritz Herz

Brudmann Schülze
Gefelhuhn Müller
Emilie Ziegler
Marie Mademacher
Schilling Kloeble
Konful Söder
Hilde Quaiser
Buffy Müller
Lobby Brand
Martens Brüter
Weber Schellenberger
Kniipel Gemmede
Rartin Schneider
Lotte Schneider
Babette Silber
Frau Wielenz Genter

Anfang 19 1/2 Ende 22
I. Parfett 4,10 RM
* Montag, 9. April 1928
Unter Geschäftsaufsicht
von Arnold und Bach
In Szene gesetzt von
Fritz Herz

COLOSSEUM
Waldstraße 16
Telephon 5599
Täglich 8 Uhr
Die große
REVUE
Wie einst im Mai
vom Gr. Schauspiel-
haus; Berlin.